

## Monatsbericht März 2013

### Aktien

Der März wurde – zumindest, was die mediale Aufmerksamkeit anbelangt – von einem einzigen Thema dominiert: Die Banken- und Staatskrise in Zypern. Blickt man dagegen nüchtern auf die Kursentwicklung der für das Gros der Anleger relevanten Börsenindizes, so bleibt von dem tagelangen Ringen um die Ausgestaltung der Rettungspakete auf Depotebene wenig erkennbar. Die meisten Aktienindizes schlossen den Monat knapp im positiven Terrain ab, so auch der DAX (+0,7%), der marktweite STOXX Europe 600 (+1,3%) und der amerikanische S&P 500 (+3,7% in USD, +5,8% in EUR). Innerhalb des Monats gaben die Kurse zwar zeitweise etwas nach, doch ist auch dies im Nachhinein als nicht nennenswert zu bezeichnen. Anhand der obigen Umrechnung der Wertentwicklung des amerikanischen Aktienmarktes von USD in EUR lässt sich jedoch einer der hauptleidtragenden der Zypern-Krise ausmachen: Die europäische Gemeinschaftswährung wertete gegenüber allen wichtigen Handelswährungen ab, gegenüber dem US-Dollar etwa um 1,8%. So erstaunt es wenig, dass zu den schwächsten Indizes abermals der EURO STOXX 50 zählt. Die dort versammelten 50 größten Aktien der Euro-Zone mussten in Summe einen Wertrückgang von 0,4% im März hinnehmen. Ebenfalls ein knapp negatives Ergebnis von -0,1% verbuchte der MSCI Emerging Marktes (in EUR), der die Entwicklung der Schwellenländer abbildet.

Branchenseitig zeigte sich im März ein deutlich differenzierteres Bild, es gab klare Verlierer im finanz- und konjunktursensiblen Bereich. Rohstoffunternehmen (-6,7%), Banken (-5,1%) und Automobile (-4,7%) erlitten die stärksten Verluste auf Monatsicht. Nichtzyklische Branchen wie Pharma- (+5,9%) und Nahrungsmittelunternehmen (+5,6%) konnten sich in dem aktuell von erhöhter Unsicherheit geprägten Umfeld am besten behaupten (die Angaben beziehen sich jeweils auf die europäischen Branchenindizes des STOXX Europe 600 Index).

### Renten

An den Anleihemärkten bewegten sich die Kurse im März in der Grundtendenz nach oben. Belohnt wurden in erster Linie längere Laufzeiten, wie sich am Vergleich verschiedener REXP-Indizes gut erkennen lässt. Während der REXP Index mit Anleihen zweijähriger Laufzeit im März um 0,2% zulegen konnte, stieg das Äquivalent mit Anleihen zehnjähriger Laufzeit um 1,8%. Durch diese starke Monatsbewegung sind die Indizes gegenüber Jahresbeginn nun durchweg in den positiven Bereich gedreht. Für den alle Laufzeiten darstellenden Hauptindex REXP bedeutet dies ein Monatsgewinn von 1,0% und einen ebenso hohen Ertrag seit Jahresbeginn. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen der BRD lag zum Monatsende bei 1,29%.

## **Inflation**

Die sich in Europa weiterhin schwach entwickelnde Konjunktur bremste den Preisauftrieb erneut etwas ab. In Deutschland fiel die Inflationsrate im März auf 1,4%, in der Eurozone lag der jüngste Wert (Februar) bei 1,8%. Kurzfristig sind keine Anzeichen für stärkere Abweichungen von diesen Werten zu erkennen.

## **Rohstoffe**

Die Rohstoffnotierungen konnten im März leicht zulegen. Der den Gesamtmarkt abdeckende und in USD ausgewiesene CRB-Index verteuerte sich um 1,2%. Auch Gold (+1,2%) und vor allem Öl (+5,6%) stiegen auf Monatszeit entsprechend im Wert an, wohingegen Industriemetalle wie z.B. Zink und Aluminium im Preis nachgaben.

## **Ausblick**

Auch im März zeigte sich die nun seit Monaten andauernde generelle Stärke und Robustheit der Kapitalmärkte erneut sehr deutlich. Vordergründig tragen die Notenbanken und Staaten mit ihrer Politik des billigen Geldes weiterhin stark zu einer Flucht in reale Werte (Aktien) und auch in zinstragende Anlagen bei. Dass dies jedoch nicht der einzige Grund ist, der aktuell für Investments in die Kapitalmärkte und vor allem in Aktien spricht, zeigt sich bei einem näheren Blick auf die Bewertungen. Die Zeiten von Schnäppchenpreisen auf breiter Front mögen vorbei sein, doch von einer Übertreibung nach oben sind die Märkte derzeit mindestens genauso weit entfernt.

## **Im Blickfeld: Großbritannien und die EU**

Auf der britischen Insel haben sich in letzter Zeit antieuropäische Stimmungen verstärkt. Gründe mögen die politischen Entwicklungen innerhalb der EU sein, die zum Beispiel Haushaltsbeiträge, Richtlinien, Verordnungen und mögliche Transferzahlungen betreffen. Vor kurzem hat Premierminister David Cameron daher dem britischen Volk angeboten, eine Volksabstimmung zum Verbleib in der Europäischen Union durchführen zu lassen. Diese Abstimmung wird voraussichtlich 2017 stattfinden. Dass dieses Referendum erst in einigen Jahren stattfindet, ist gut. Vor allem können sich die Briten in dieser Zeit klar darüber werden, was es für ihre Volkswirtschaft bedeuten würde, nicht mehr Mitglied in der Europäischen Union mit all seinen Vorzügen, aber auch Verpflichtungen, zu sein. Darüber hinaus gibt es auch eine vertragsrechtliche Komponente, die dafür sorgt, dass ein Ausstieg nicht ohne weiteres und vor allem nicht ohne Verhandlungen möglich ist.

Doch was würde ein Ausstieg aus der EU für Großbritannien konkret bedeuten?

An erster Stelle ist der freie Handelsverkehr anzuführen. Der zollfreie Handel unter den Mitgliedsstaaten war einst die originäre Idee in den 1950er Jahren bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die als die Vorläufer der heutigen Europäischen Union gelten. Nicht-Mitgliedsstaaten haben dann den Nachteil, womöglich Außenzölle zahlen zu müssen. Das wiederum würde den Produktionsstandort Großbritannien weniger attraktiv machen. Das größte Hemmnis wären jedoch nicht die Zölle selbst, sondern die regulatorischen Vorgaben, die beim Handel mit der EU einzuhalten wären. Britische Exporteure müssten den gültigen EU-Verordnungen entsprechen und Großbritannien könnte diese Vorgaben nach einem Austritt selbstverständlich nicht mehr mitbestimmen und gestalten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Angelsachsen könnte merklich leiden.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der immensen Einfluss auf die britische Volkswirtschaft hat, sind Investitionen, die von ausländischen Investoren im Volumen von jährlich etwa 30 Milliarden Pfund getätigt werden. Durch diese Investitionen wurden in den vergangenen zehn Jahren ca. 500.000 Arbeitsplätze geschaffen. Ob diese Kapitalzuflüsse auch dann noch vorhanden wären, wenn die Investoren über Großbritannien keinen ungehinderten Zugang mehr zum europäischen Markt hätten ist fraglich.

Zu alledem sollten sich die Briten fragen, ob sie sich in einer globalisierten Welt mit internationalem Handel in der Lage sehen, sich zu behaupten. Die Zeiten des Commonwealth sind vorüber und ein Ausstieg aus der Europäischen Union würde der wirtschaftlichen Stärke Großbritanniens im internationalen Vergleich mit Sicherheit nicht zuträglich sein. Und die Stimmen von 503 Millionen Menschen (Anzahl der EU-Bevölkerung) werden im Rest der Welt deutlich besser gehört, als die Stimmen von 70 Millionen Briten. Auch wichtige gemeinsame Projekte wie die internationale Terrorbekämpfung, Klimaschutz oder Gentechnik müssten fortan alleine angegangen werden.

Nicht nur für Großbritannien sind wirtschaftliche Nachteile möglich. Auch Deutschland wäre direkt betroffen, sind die Briten noch vor Frankreich und den USA der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik. Man erkennt schnell, dass auch hierzulande Arbeitsplätze vom Verbleib des Königreichs in der EU abhängen.

Wie auch immer sich die Briten in vier Jahren entscheiden werden – sie sollten neben den Vorteilen, die ein Austritt möglicherweise mit sich bringt, in jedem Fall auch die mit dem Ausstieg verbundenen wirtschaftlichen Nachteile gut abwägen. Schwerwiegende Wettbewerbsnachteile, eine höhere Arbeitslosigkeit und eine weniger gewichtige Stimme bei internationalen Verhandlungen könnten möglicherweise die Folge sein.

*05.04.2013*

***Rechtliche Hinweise***

*Diese Darstellung wird nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtungen zur Verfügung gestellt. Alle Informationen in dieser Darstellung beruhen auf sorgfältig ausgewählten Quellen, die für zuverlässig erachtet wurden. Die GS&P Gruppe garantiert jedoch nicht für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Genauigkeit. Alle hier dargestellten Meinungsäußerungen geben lediglich eine Einschätzung des Verfassers/ der Verfasser wieder, die nicht notwendiger Weise der Meinung der GS&P-Gruppe entsprechen muss. Empfehlungen und Prognosen stellen unverbindliche Werturteile zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Darstellung dar. Diese können sich in Abhängigkeit von wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen jederzeit ändern. Der Autor / die Autoren behält / behalten sich deshalb ausdrücklich vor, in der Darstellung geäußerte Meinungen und Aussagen jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Jedwede Haftung und Gewähr aus dieser Darstellung wird vollständig ausgeschlossen.*

*Diese Darstellung stellt weder ein öffentliches Angebot, noch eine explizite Aufforderung zum Erwerb von Wertpapieren, Fondsanteilen oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Eine Investmententscheidung bezüglich irgendwelcher Wertpapiere, Fondsanteile oder Finanzinstrumente sollte auf Grundlage einschlägiger Verkaufsdokumente (wie z.B. Prospekte) erfolgen und auf keinen Fall auf Grundlage dieser Darstellung.*

*Die in dieser Darstellung aufgeführten Inhalte können für bestimmte Investoren ungeeignet oder nicht anwendbar sein. Sie dienen lediglich der eigenverantwortlichen Information und können eine individuelle Beratung nicht ersetzen. Die GS&P-Gruppe kann andere Publikationen veröffentlicht haben, die der in dieser Darstellung vorgestellten Information widersprechen oder zu anderen Schlussfolgerungen gelangen. Diese Publikationen spiegeln dann andere Annahmen, Meinungen und Analysemethoden wider. Dargestellte Wertentwicklungen der Vergangenheit können nicht als Maßstab oder Garantie für eine zukünftige Wertentwicklung herangezogen werden. Eine zukünftige Wertentwicklung wird weder ausdrücklich noch implizit garantiert oder zugesagt.*

*Der Inhalt dieses Dokuments ist geschützt und darf ohne die vorherige schriftliche Genehmigung und Zustimmung der GS&P-Gruppe weder kopiert, veröffentlicht, übernommen oder für andere Zwecke in welcher Form auch immer verwendet werden.*

*Copyright 2013, Grossbötzl, Schmitz und Partner*